



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Bericht über die europäische Zusammenarbeit in der Corona-Krise

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen mündlich sowie schriftlich über die europäische Zusammenarbeit in der Corona-Krise sowie den Beitrag Bayerns zu dieser zu berichten.

Dabei soll insbesondere auf folgende Fragen konkret eingegangen werden:

- Auf die bisherige Situation während der Corona-Pandemie zurückblickend, wie beurteilt die Staatsregierung die europäische Zusammenarbeit in der Krise insgesamt?
- Welche konkreten Lehren zieht die Staatsregierung aus den bisher während der Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen, um im Falle eines erneuten Lockdowns zu einer koordinierten europäischen Zusammenarbeit beizutragen?
- Welche konkreten Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus den bisher während der Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen, um in Zukunft generell zu einer koordinierten europäischen Zusammenarbeit beizutragen?
- Welche konkreten Lehren zieht die Staatsregierung aus den bisher während der Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen bezüglich innereuropäischer Grenzschließungen?
- Welche konkreten Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus den bisher während der Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen, um im Falle eines weiteren Lockdowns sicherzustellen, dass Einreise- und Ausreisebeschränkungen lediglich in einem Maße getroffen werden, wie es für den Infektionsschutz unvermeidlich ist?
- Welche konkreten Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus den bisher während der Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen, um grenzübergreifenden Regionen (z. B. Bodenseeregion) Planungssicherheit für die Zukunft in Bezug auf problemlose Grenzübertritte zu gewährleisten?
- Welche konkreten Lehren zieht die Staatsregierung aus den bisher während der Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen bezüglich der europäischen Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes?
- Wie bewertet die Staatsregierung angesichts der zu Beginn der Pandemie schleppend verlaufenden europäischen Zusammenarbeit eine verstärkte unmittelbare Kommunikation zwischen der EU und den Bundesländern in Fragen des Katastrophenschutzes?

- Befürwortet die Staatsregierung angesichts der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie die verstärkte Schaffung europäischer Kapazitäten im Katastrophenschutzverfahren?
- Befürwortet die Staatsregierung eine gemeinsame europäische Reserve wichtiger medizinischer Güter? Welchen Beitrag kann der Freistaat Bayern hierzu leisten?
- Welche Schritte unternimmt die Staatsregierung, um die Produktion wichtiger medizinischer Güter in Europa sicherzustellen?

**Begründung:**

Solidarität, Zusammenarbeit und Freizügigkeit sind zentrale Grundlagen, auf die sich die EU stützt. Mit der Solidaritätsklausel im Vertrag von Lissabon, Art. 222 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), sichern sich die EU-Mitgliedstaaten größtmögliche Unterstützung in Krisensituationen zu. Daneben gehört die Selbstverständlichkeit offener Grenzen und Freizügigkeit zur alltäglichen Lebensrealität der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Im Zuge der durch die Corona-Pandemie verursachten Krise sind die EU und ihre Mitgliedstaaten in Bezug auf diese Punkte vermehrt in Kritik geraten.

Insbesondere die Tatsache, dass sich EU-Mitgliedstaaten, wie das besonders von der Corona-Krise betroffene Italien, von seinen Nachbarstaaten nicht ausreichend unterstützt gefühlt haben, löste kürzlich eine Debatte über (mangelnde) europäische Solidarität und Zusammenarbeit aus. Gleichzeitig hat die Corona-Pandemie drastische Auswirkungen auf die Freizügigkeit innerhalb der EU. Die in der Krise getroffenen, teils unkoordinierten Ein- und Ausreisebeschränkungen zeigen, dass eine bessere Koordination und klarere Kommunikation der geltenden Regeln erforderlich sind.

Gerade in der Krise ist es unabdingbar, gemeinsam und solidarisch zu handeln. Als Bundesland, welches an drei europäische Nachbarländer angrenzt, ist Bayern in der Verantwortung, genau dies umzusetzen. Nur, wenn dies gelingt, kann Europa gestärkt aus der Krise herausgehen.